



DR. FRANZ LÖSCHNAK
BUNDESMINISTER FÜR INNERES

II-14665 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

0117/783-II/5/94

Wien, am 16. August 1994

An den
Präsidenten des
Nationalrates
Parlament
1017 Wien

6733/AB

1994-08-16

zu 6815/J

Die Abgeordneten Dr. Partik-Pable, Meisinger haben am 16. Juni 1994 unter der Nr. 6815/J an mich eine schriftliche Anfrage betreffend "personelle Situation bei der Gendarmerie Oberösterreich" gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1) Ist Ihnen die mangelhafte Personalsituation im Bezirk Braunau bekannt?
- 2) Ist Ihnen bekannt, daß nach der Belastungsstudie, die vor kurzem erstellt wurde, 164 Beamte Dienst tun sollten, um die Sicherheitsagenden wirklich wahrnehmen zu können?
- 3) Gibt es Ihrerseits Pläne zu einer Behebung des personellen Engpasses?
- 4) Was werden Sie tun, um zumindest den Sollstand zu erfüllen?
- 5) Wann kann mit zusätzlichen Planposten gerechnet werden?"

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1)

Mir ist bekannt, daß der Arbeitsanfall im Bezirk Braunau am Inn laut Belastungsstudie etwas größer als im österreichweiten Durchschnitt ist.

Zu Frage 2)

Die Belastungsstudie zeigt nicht auf, ob die Sicherheitsagenden wahrgenommen werden können oder nicht, sondern gibt

Auskunft darüber, wie groß der durchschnittliche Arbeitsanfall für die Dienststellen des betreffenden Bereiches ist. Der durchschnittliche Mittelwert für den Bezirk Braunau (gerechnet für die Jahre 1990 - 1992) liegt fast 30 % unter der behaupteten Arbeitsbelastung.

Zu Fragen 3), 4) und 5)

Dem Bezirk Braunau am Inn konnten seit 1990 insgesamt 17 Planstellen zugewiesen werden. Diese sukzessive Aufstockung wird auch im nächsten Jahr fortgesetzt werden, sofern mir im Bundesfinanzgesetz die entsprechende Anzahl von Planstellen zugestanden wird.

Franz G. Z.